



IMK widerspricht Alarmismus: Sozialstaat wächst langsamer als behauptet

Michael Fiedler

Steigende Sozialausgaben sorgen für Schlagzeilen – doch eine neue Analyse des IMK zeigt: Von einem überlasteten Sozialstaat kann keine Rede sein. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung bleiben Renten-, Grundsicherungs- und Arbeitslosenleistungen stabil. Reformbedarf sehen die Forschenden vor allem im Gesundheitssystem.

Konter zur Ausgabendebatte: Stabil statt explodierend

Noch in dieser Woche [entfachte die Meldung steigender Sozialausgaben pro Kopf neue Diskussionen](#). Der Subtext: Der Sozialstaat wachse über seine Grenzen hinaus. Das IMK widerspricht dieser Darstellung nun deutlich. Die Forschenden Sebastian Dullien und Katja Rietzler betonen in ihrem aktuellen Kommentar, dass die deutschen Sozialausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nicht außergewöhnlich hoch seien – weder im historischen Vergleich noch im europäischen Kontext.

„Von einem ausufernden Sozialstaat kann keine Rede sein“, so das Fazit. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben in zentralen Bereichen wie Rente, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung sogar rückläufig. Lediglich bei Kinderbetreuung und Pflegeleistungen verzeichnen die Statistiker einen Anstieg –

beides Folge politischer Entscheidungen, die Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe stärken.

„Den Staat und auch die soziale Sicherung effizienter und gerechter machen zu wollen, ist legitim. Doch die aktuelle Debatte krankt an einem Fokus auf Scheinprobleme“, mahnt IMK-Direktor Sebastian Dullien. „Wir brauchen mehr realistische Analyse, weniger Alarmismus.“

Zahlen mit Kontext: Wachstumsschwäche statt Ausgabenexplosion

Laut Bundesarbeitsministerium lag die Sozialleistungsquote 2024 bei 31,0 Prozent des BIP – ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Nach IMK-Berechnungen resultiert dieser Zuwachs jedoch nicht aus höheren Ausgaben, sondern aus dem schwachen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre.

Seit 2022 stagniert die deutsche Wirtschaftsleistung, wodurch die Sozialquote rein rechnerisch steigt. Zwischen 2009 und 2019 wuchsen Sozialausgaben und BIP nahezu im

Gleichschritt; erst Pandemie und Rezession führten zu einer statistischen Verzerrung.

Im langfristigen Vergleich zeigt sich sogar Entlastung:

- Rentenversicherung (inkl. Bundeszuschüsse): von 10,4 auf 9,4 Prozent des BIP seit 2004
- Arbeitslosenversicherung: von 2,3 auf 0,9 Prozent des BIP
- Grundsicherung und Sozialhilfe: stabil bei rund 2,7 Prozent des BIP – trotz höherer Fallzahlen durch Zuwanderung

Sozialkosten“. Die Forscher*innen plädieren für Analytik statt Alarmismus: Deutschland habe kein Ausgabenproblem, sondern ein Wachstums- und Effizienzproblem – vor allem im Gesundheitssektor. Statt reflexartiger Sparappelle brauche es gezielte Strukturreformen, die soziale Sicherheit sichern, ohne die Wirtschaft zu bremsen.

Mehr Geld für Familien und Pflege – aber mit Nutzen

Den größten Zuwachs verzeichnen die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe (von 0,8 auf 1,7 Prozent des BIP) sowie Pflegeversicherung (von 0,8 auf 1,5 Prozent). Beides sei nach Einschätzung der IMK-Forschenden volkswirtschaftlich sinnvoll: Der Ausbau der Kinderbetreuung erhöhe die Erwerbsbeteiligung, bessere Pflegeleistungen entlasteten Familien und stabilisierten das Sozialsystem. Kürzungen in diesen Bereichen, so das IMK, würden lediglich Kosten auf private Haushalte verlagern, aber keine gesamtwirtschaftliche Entlastung bringen.

Gesundheitssystem als Reformschwerpunkt

Wirklichen Handlungsbedarf sehen die Forschenden dagegen im Gesundheitssystem. Hier liegen die deutschen Ausgaben laut OECD im internationalen Vergleich sehr hoch – bei nur durchschnittlichen Gesundheitsindikatoren. Zwischen 2004 und 2024 stieg die Ausgabenquote der gesetzlichen Krankenversicherung von 6,0 auf 7,5 Prozent des BIP. „Wir beobachten den problematischen Befund hoher Kosten bei mittelmäßiger Gesundheit“, heißt es in der Analyse.

Reformvorschläge, die auf Digitalisierung, Qualitätssteigerung und Vermeidung von Doppeluntersuchungen zielen, gelten als sinnvoll. Dagegen könnten Modelle wie Praxisgebühren oder Karenztage kontraproduktiv wirken, weil sie sozial schwächere Gruppen von notwendiger Versorgung abhalten.

Weniger Emotion, mehr Evidenz

Die neue IMK-Auswertung liefert einen nüchternen Gegenpunkt zu den Schlagzeilen über „explodierende

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946328/IMK-widerspricht-Alarmismus-Sozialstaat-waechst-langsam-als-behauptet/>